

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation	29.08.2016
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	05.09.2016

Überörtliche Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (1061/2016); Beantwortung der Zusatzfragen aus der Sitzung des AVR am 20.06.2016

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales hat in seiner Sitzung am 20. Juni 2016 unter TOP 10.10 die Beschlussvorlage 1061/2016 „Überörtliche Prüfung der Informationstechnik durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA)“ beraten. Es wurde vereinbart, dass die dazu gestellten Zusatzfragen (vgl. den Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift vom 11.07.2016) durch die Verwaltung schriftlich beantwortet werden und die weiteren Beratungen bis zur nächsten Sitzung des AVR zunächst zurückzustellen. Weiterhin soll ggf. der Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation zur Vorberatung bzw. Vertiefung des Themas herangezogen werden.

Erhebung der Personal- und Sachaufwände für Informationstechnik in den Fachdienststellen

Die GPA stellt in ihrem Bericht fest, dass nur die zentral anfallenden IT-Kosten beim Amt für Informationsverarbeitung transparent sind. Die in den Fachdienststellen anfallenden Personal- und Sachaufwendungen werden dagegen nicht erfasst. MdR Dr. Elster bittet die Verwaltung um Stellungnahme, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um auch die dezentralen Aufwände, die nach Schätzungen der GPA bei mehr als 40 Prozent liegen, zu erheben und auszuweisen.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Empfehlung der GPA aufzugreifen. Vom Amt für Informationsverarbeitung werden derzeit in Abstimmung mit dem Amt für Personal, Organisation und Innovation sowie der Kämmerei Lösungsansätze erarbeitet, um zukünftig die dezentralen Personal- und Sachaufwände für IT-Aufgaben transparent darstellen zu können als notwendige Voraussetzung für den Aufbau eines wirkungsorientierten Controllings.

Einbindung der dezentralen Aktivitäten in die gesamtstädtische IT-Steuerung

Die GPA empfiehlt der Stadt, die in den Fachdienststellen wahrgenommenen IT-Aufgaben unter eine stadtweite IT-Strategie und IT-Steuerung zu stellen. Dazu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Ziel der gesamtstädtischen IT-Strategie und IT-Steuerung ist es, durch die Vernetzung der Anwendungen eine durchgängige digitale Unterstützung von Verwaltungsprozessen und den Zugriff auf Daten zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist eine isolierte Betrachtung der Fachanwendungen nicht mehr zielführend. Ein effizientes Verwaltungshandeln ist ohne ein digitales Prozessmanagement nicht mehr möglich.

Das Amt für Informationsverarbeitung hat im Rahmen einer Neuorganisation in 2015 auf diese strategischen Anforderung mit der Gründung einer neuen Abteilung „IT-Gestaltung“ mit den Sachgebieten „Architekturplanung“ und „Strategische IT-Projekte“ reagiert. In der Abteilung Anwendungen steht noch die Neuorganisation des Sachgebietes Kundenmanagement an. Insbesondere mit Ausbau des Kundenmanagements wird eine stärkere Einbindung der Fachdienststellen in eine gesamtstädtische IT-Strategie verfolgt.

Einbindung der Fachanwendungen in die gesamtstädtische IT-Steuerung und IT-Architektur

Mit der Einrichtung eines eigenen Sachgebiets zur Fachanwendungsbetreuung (FAB) im Amt für Informationsverarbeitung im Jahr 2008 ist die Planung, Einführung und der Betrieb von wichtigen Fachanwendungen gesamtstädtisch optimiert worden. Die FAB begleitet die Dienststellen bei der Einführung von Fachverfahren, koordiniert die Inbetriebnahme, übernimmt die Kommunikation/Abstimmung mit den Herstellern und Lieferanten und sorgt insbesondere für die Integration der Fachverfahren in die gesamtstädtische Anwendungslandschaft. Das Fachamt übernimmt die Rolle des Auftraggebers und fachlichen Ansprechpartners.

Diese Rollen- und Aufgabenverteilung hat sich insbesondere bei großen zentralen Fachanwendungen bewährt und soll konsequent weiter ausgebaut werden. Umgesetzt wurde das zentrale Fachanwendungsmanagement im Wesentlichen für das Einwohnerwesen, Personenstandswesen, den Ordnungsbereich (Kfz-Zulassung, Ausländerwesen, Führerscheinwesen, Ausländerwesen), Gewerbemeldewesen und die Wahlorganisation. Andere wichtige IT-Bereiche wie Finanzen, Soziales und Geodaten werden derzeit noch dezentral gesteuert. Mit der Entwicklung einer gesamtstädtischen Geo-Daten-Strategie wurde begonnen.

Basisprozesse der Verwaltung

Im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung stehen Basisprozesse wie das Beschaffen, Bestellen, Bezahlen und die Einführung der elektronischen Akte als digitales Prozessmanagement im Mittelpunkt.

Die Anwendung Session/SessionNet wurde bereits erfolgreich zur Prozessunterstützung für die Gremienarbeit implementiert. Für den Vergabeprozess wurde ein digitales Prozessmanagement eingeführt. Weiterhin hat der Stadtvorstand die stadtweite Umsetzung des Vertragsmanagements beschlossen.

Zum digitalen Prozessmanagement ist geplant, dem Stadtvorstand ein Konzept vorzulegen, welches die Einführung der E-Akte und die digitale Unterstützung der Verwaltung unter einer gesamtstädtischen IT-Steuerung beinhaltet.

Standortkonzentration der dezentralen Benutzerbetreuung

Bereits seit 2007 setzt die Verwaltung das Konzept der Standortkonzentration der dezentralen Benutzerbetreuung um. Beginnend mit dem Standort Stadthaus Deutz Ostgebäude, in dem das Amt für Informationsverarbeitung zunächst in einem Pilotprojekt die Benutzerbetreuung für die Dienststellen am Standort übernommen hat, wurde aufgrund der positiven Erfahrungen die Maßnahme auch sukzessive auf das Westgebäude und das Kalk Karree sowie die Bürgerämter ausgeweitet. Aktuell wird für 51 Dienststellen und damit verbunden ca. 6.500 User/IV-Arbeitsplätze die Benutzerbetreuung durch das Amt für Informationsverarbeitung wahrgenommen. Die Vorteile der Standortkonzentration der Dezentralen Benutzerbetreuung sind:

- Optimierte Vertretungsregelung
- Kurze Informations- und Kommunikationswege zum und im Amt für Informationsverarbeitung
- Einheitliche Beschaffungswege, Planung und Ausstattung
- Bessere Schwachstellenanalysen möglich, da für alle in den Supportprozess eingebundenen Personen eine Dienst- und Fachaufsicht besteht

- Durch sinkende Redundanz ergibt sich eine gestiegene Effizienz und damit eine Reduzierung der Kosten
- Der Erfahrungsaustausch und Know-How-Transfer zwischen den dezentralen Benutzerbetreuerinnen und Benutzerbetreuern wird verbessert
- Die zur Verfügung stehenden Ressourcen werden beim Amt für Informationsverarbeitung optimiert eingesetzt.

Weitere Standorte sollen auf eine mögliche Umsetzung überprüft werden bzw. befinden sich in der Vorbereitung.

Einführung eines stadtweiten Lizenzmanagements

Weiterhin empfiehlt die GPA die Einführung eines stadtweiten Lizenzmanagements. Mit der Einrichtung und Besetzung einer Stelle „Lizenzmanager“ zum Stellenplan 2015 im Amt für Informationsverarbeitung ist die Verwaltung der Empfehlung bereits in einem ersten Schritt nachgekommen. Zum Ausbau eines stadtweiten Lizenzmanagements wurde eine 2. Stelle zum Stellenplan 2016 eingerichtet. Die Durchführung dieser Aufgabe ist aufgrund der Vielzahl der Systeme und der Komplexität der Lizenzverträge nur mit einer entsprechenden Softwarelösung möglich. Die notwendigen Mittel hierfür werden durch das Amt für Informationsverarbeitung in der Haushaltsplanung 2018 ff. eingeplant.

IT-Grundschutzaudit und Bewertung der IT-Sicherheit

Die GPA stellt in ihrem Bericht fest, dass die Stadt Köln alle erwarteten Anforderungen an den IT-Grundschutz erfüllt. Herr Kühle bittet die Verwaltung um eine Bewertung dieser Aussage vor dem Hintergrund, dass sie lediglich auf der Grundlage eines Interviewbogens getroffen wurde. Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Für das Amt für Informationsverarbeitung ist die kontinuierliche Überprüfung der Sicherheit der IT-Infrastruktur unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Bedrohungslagen integraler Teil der Betriebsprozesse. Für jede Inbetriebnahme neuer Produkte (Soft- und Hardware) werden anhand der umfangreichen BSI-Grundschutzkataloge vor der Produktivsetzung Sicherheitslücken bzw. Implementierungsschwachstellen überprüft.

Im Rahmen der Zertifizierung für das Fachverfahren zum Personenstandswesens wurden außerdem folgende Rechenzentrums-Bereiche durch einen externen Auditor geprüft und durch das BSI zertifiziert:

- Sicherheitsmanagement (inkl. Sicherheitsprozessen)
- Gebäudeinfrastruktur Rechenzentrum Chorweiler
- Server, Clients, Datenbanken, Dokumentenmanagement, Archivierung
- Netzwerkinfrastruktur
- Sicherheitsinfrastruktur einschließlich Firewall, Virenschutz und Detektion-Systemen

Das Zertifikat mit der ISO 27001-Prüfung auf Basis von IT-Grundschutz wurde erstmalig am 02.10.2014 vom BSI ausgestellt und seitdem jährlich erneuert.

Im Dezember 2015 wurde ein Penetrationstest der gesamten Domäne stadt-koeln.de inklusive der dort bereitgestellten Formulare durch einen unabhängigen Auditor durchgeführt. Das positive Ergebnis wurde den zuständigen Fachausschüssen des Rates vorgestellt.

Das Amt für Informationsverarbeitung wird im Rahmen der jährlichen Berichterstattung über die aktuelle Bedrohungslage sowie über die Weiterentwicklung der Sicherheitsinfrastruktur, einschließlich der Aktivitäten der Arbeitsgruppe Cyberkriminalität im Stadtwerkekonzern sowie der Arbeitsgruppe der IT-Sicherheitsbeauftragten im KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister informieren.

Verwaltungsreform

Die Neuordnung der gesamtstädtischen IT-Steuerung ist Teil der von Frau Oberbürgermeisterin Reker initiierten Verwaltungsreform. Nur mit einer wirkungsvollen Digitalisierungsstrategie kann die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen gestärkt werden.

Das Amt für Informationsverarbeitung wird in Zukunft jährlich – erstmals in 2017 für das Haushaltsjahr 2016 – dem Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation über die Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen berichten.

Gez. Kahlen